



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0888890

P/XV/136 - 18. Juni 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Rückschlag in Asien</u> USA-Diplomatie vor neuer Situation	37
2 - 3	<u>Bekannte Melodien</u> Beobachtungen auf einer Reise durch die Vereinigten Staaten Von Fritz Heine	91
4	<u>Die handfesten Unwahrheiten des Herrn von Hassel</u> Bemerkungen zu einer Parteitagsrede Von Ludwig Metzger, MdB	53
5 - 6	<u>Eitelliches und notwendiges Gespräch</u> Zur Begegnung SPD-Präsidentin - Vorstand der Landesmannschaft Formern	99
7	<u>Die Koalition der Verlierer</u> Wie die SPD in Stuttgart ausgeschaltet wurde	46

* * *

*

Rückschlag in Asien

USA-Diplomatie vor neuer Situation

sp - Präsident Eisenhower ist ein von Tragik unwitterter Mann. Er, der den zweiten Weltkrieg siegreich beendete, wollte seine Präsidentschaft mit der Festigung des Friedens abschließen. Eine Reise nach Moskau und der Besuch im Fernen Osten, mit dem Abschluß eines Sicherheitsabkommens zwischen den USA und Japan, sollte die Krönung langjähriger Bemühungen sein. Was sich zuvor in Südkorea, etwas später in der Türkei ereignete und jetzt in Japan zum Durchbruch kam, ist ein schwerer Schlag für jene Art von Diplomatie, die während der Ära John Foster Dulles die militärische vor der politischen Komponente in der großen Auseinandersetzung zwischen Ost und West überbetonte. Die im Rahmen der westlichen Verteidigungskonstruktion entstandenen Stützpunktdemokratien Südkoreas, der Türkei und Japans haben politisch dem Druck sowjetischer Drohungen nicht standgehalten.

Einmal soll Präsident Eisenhower daraus einen Vorwurf machen. Und doch erhebt sich die Frage, ob die berufenen Vertreter der Vereinigten Staaten in den genannten Ländern genügend Kenntnis von der tatsächlichen Mentalität der Völker hatten, bei denen sie eine diplomatische Funktion ausübten, und warum sie das Weiße Haus nicht ausreichend über die politischen Strömungen in diesen Ländern unterrichten konnten. Es ist doch auffallend, daß in Washington kaum jemand eine Ahnung davon hatte, wie die Völker in Südkorea, in der Türkei und in Japan wirklich denken. Sollte die amerikanische Diplomatie den Fehler begangen haben, die jetzt explosiv zum Ausdruck kommenden Strömungen mit dem Schlagwort "kommunistische Propaganda" abzutun? Daß sich die Kommunisten und Moskau überall dort einschalten, wo Unruhe bemerkbar wird, ist nichts Neues. In den Staaten jedoch, in denen die Demokratie funktioniert, in denen sie die bessere und gerechtere Lebensform demonstrativ zur vollen Entfaltung führt, können weder kommunistische noch halbkommunistische Agitatoren Erfolg haben.

Die Vorgänge in Japan sind besonders in der asiatischen und afrikanischen Welt ein schwerer Schlag für das Prestige der Vereinigten Staaten. Welche Auswirkungen dies - weltpolitisch gesehen - haben wird, ist noch nicht übersehbar. Aber schon jetzt läßt sich eine Lehre ziehen: Die freie Welt wird nur dort die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus erfolgreich bestehen können, wo die Demokratie nicht nur etwas Aufgepöppeltes ist, sondern der lebendige Ausdruck des Willens eines ganzen Volkes.

Bekannte Melodien

Beobachtungen auf einer USA-Reise

Von Fritz Heine

"Wenn er uns doch auch mit Dreck bewerfen würde!" Dieser Stoßseufzer war der Text unter einer in vielen USA-Zeitungen verbreiteten Karikatur. Sie zeigte die Symbolfigur der Demokratischen Partei der USA, die mit Bedauern feststellt, dass der sowjetische Ministerpräsident nur die Führung der konkurrierenden Republikanischen Partei attackiert.

Die Karikatur umreisst ein Problem, das im amerikanischen Präsidentenwahlkampf mit ziemlicher Sicherheit eine Rolle spielen wird; die Frage nämlich, welche der beiden Parteien als die geeignetere erscheint, die notwendige Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Ideologie und Realität zu führen. Wobei natürlich sofort die zweite und wichtigere Frage auftaucht, in welchen Formen und mit welchen Zielen diese Auseinandersetzung geführt werden soll.

Chruschtschow hat seine Angriffe in erster Linie gegen Präsident Eisenhower und Vizepräsident Nixon gerichtet. Die Wahlkampfleitungen beider Parteien prüfen, welche Wirkungen von diesen Angriffen auf die Wählerstimmung zu erwarten sind. Stärken sie die Position der angegriffenen Republikaner? Werden die Wähler daraus schliessen, dass die Attacken des kommunistischen Gegners gegen die festesten Verteidiger der Politik des eigenen Landes gerichtet seien, man also gut daran tue, die Angegriffenen zu wählen?

Zweifel an Nixon

Diese früher stets als richtig unterstellte Schlussfolgerung wird heute nicht mehr mit gleicher Überzeugung als noch stimmend angesehen, besonders nicht, soweit sie den offiziellen republikanischen Kandidaten Richard Nixon betrifft. Es scheint doch sehr viele Leute der verschiedensten Bereiche zu geben, die bei aller Abwehr kommunistischer Vorwürfe ihre weitreichenden Zweifel haben, ob der gegenwärtige Vizepräsident denn tatsächlich ein geeigneter Gegenspieler für den Herrn des Kremi ist. Von der Sowjetregierung beschimpft zu werden, ist noch kein ausreichender Grund, vom amerikanischen Wähler gekürt zu werden, und Vizepräsident Nixon hat bis jetzt noch nichts über seine wirklichen politischen Pläne, vor allem nichts über die Aussenpolitik verlauten lassen. Das hat die Bedenken seiner Gegner, auch in den Reihen seiner eigenen Partei, gestärkt.

Auf der anderen Seite ist die Führung der demokratischen Partei besorgt über die Querschüsse aus Moskau: sie weiss aus den bitteren Erfahrungen der früheren Wahlkämpfe, dass die Republikaner den Bolschewismus-Schreck mit Vorliebe an die Wand malen und so tun, als seien die Demokraten unsichere Kantonisten, halb gleichgeschaltet gegenüber dem Kommunismus und mehr oder minder bereit, die Vereinigten Staaten zum Satelliten der Sowjetunion zu machen.

Verdächtigungen und Unterstellungen

Die Demokraten machen besonders Richard Nixon den Vorwurf, dass er in jedem Wahlkampf seit 1946 die Würde und Ehre der Oppositionspartei zu verletzen versucht hat. Er hat zwar diesmal erklärt, dass er es ernst meine mit der Wahlkampf-Ethik, aber steht nicht am Beginn jeder Wahlauseinandersetzung ein derartiges Bekenntnis, das dann rasch im Getümmel verloren geht? Die Vergangenheit hat die demokratische Parteileitung gelehrt, skeptisch zu sein. Selbst wenn Nixon keine Tiefschläge austeilt, werden seine eifernden Mitarbeiter der Versuchung widerstehen?

Es gibt in der jüngeren amerikanischen Wahlkampf-Geschichte genug Beispiele dafür, wie die Republikaner ihren demokratischen Gegnern unterstellt haben, den Kommunisten gegenüber aufgeweicht zu sein. Zu den bekanntesten gehört eine von den Republikanern 1950 verbreitete Zeitung, die über den demokratischen Senator Thomas von Utah in Schlagzeilen berichtete, dass er die Zustimmung "der Roten" gefunden habe. Im gleichen Jahr verbreiteten die Republikaner gegen den demokratischen Senator Tydings ein gefälschtes Foto, das ihn in freundschaftlicher Pose mit dem US-Kommunistenführer Earl Browder zeigte.

Nixons Propagandisten haben in den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre immer wieder die Methode der Verdächtigung ihrer demokratischen Gegner in zahllosen Variationen benutzt. Das Grundthema blieb stets das gleiche; man könne den Demokraten das Vaterland nicht anvertrauen, sie seien zu weich gegenüber dem kommunistischen Gegner.

Selbstverständlich ist das alles blanke Unsinn, und die Märonenerzähler wissen es auch. Der Zweck, an der Macht zu bleiben, "heiligt" ihnen die Mittel.

Niveaulose Wahlkampfpropaganda

Der anlaufende Präsidentschaftswahlkampf in den Vereinigten Staaten lässt befürchten, dass diesmal noch mehr mit Dreck geworfen wird als früher. Einmal, weil bei den Republikanern nicht mehr Präsident Eisenhower zur Wahl steht, der persönlich scharf gegen derartige Wahlpropagandamethoden ist, sondern vermutlich Richard B. Nixon den Ton angibt, der alle seine Wahltrümpfe in der schärfsten und robustesten Form führt. Zum anderen ist die Niveaulenkung der Propaganda auch deshalb zu erwarten, weil das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz, die Angriffe Chruschtschows und die Zuspitzung der Kalten-Kriegs-Situation das Bolschewismus-Thema fast zwangsläufig nach vorn rücken.

Aber auch unabhängig von diesen jüngsten Ereignissen hat bereits im Dezember 1959 das Taft'sche Komitee für faire Wahlkampfaktionen festgestellt, dass im letzten Jahr die unfairen Wahlkampfmethoden im Steigen begriffen waren ...

Noch immer - auch in der USA - scheint es manchen Parteistrategen wichtiger zu sein, den politischen Gegner der kommunistischen Unterwanderung zu verdächtigen, als den totalitären kommunistischen Tendenzen eine bessere Politik und Ideologie entgegenzusetzen.

Die handfesten Unwahrheiten des Herrn von Hassel

Von Ludwig Metzger, MdB

Die Rede des Ministerpräsidenten von Hessen, der von der CDU mit der Führung des Bundeswahlkampfes beauftragt ist, in Köln, gibt uns einen Vorgeschmack dafür, in welcher Weise und mit welchen Mitteln die CDU zu kämpfen gedenkt. In der Behauptung von krassen Unwahrheiten will Herr von Hassel seinen Herrn und Meister nicht nachsehen. Was er nach übereinstimmenden Pressemeldungen zum Beispiel zu dem Thema "SPD und Kirche" gesagt hat, ist empörend. Die Sozialdemokraten diffamierten die Kirche und ihre führenden Männer, machten die kirchlichen Institutionen verächtlich, erschwerten mit allen Mitteln den Religionsunterricht usw., hat Herr von Hassel zu behaupten gewagt. Es wird ihm natürlich nicht möglich sein, verantwortliche Sozialdemokraten oder Organe der SPD etwas Derartiges nachzuweisen. Denn das Gegenteil ist wahr.

Daß zwischen SPD und der Kirche Schutt vergangener Jahrzehnte, der die Folge geschichtlicher Fehlentwicklungen war, weggeräumt wird, ist Herrn von Hassel und seinesgleichen ein Grauel, weil es nicht in sein parteipolitisches Konzept paßt. Deshalb muß er die Aufrichtigkeit der Aussage des Godesberger Grundsatzprogramms in bezug auf Kirche und Christentum bestreiten und handfeste Unwahrheiten aufstischen. Daß er dabei den Christen und der Kirche den schlechtesten Dienst erweist, ist Herrn von Hassel in seiner von Haß diktierten Verblendung einerlei. Wenn er nur - wie er meint - für die CDU Kapital herauschlagen kann.

Was die SPD in ihrem Programm in aller Öffentlichkeit sagt, was von Parteivorstand erarbeitet und vom Parteitag beschlossen worden ist, ist - wie jeder lesen kann - das genaue Gegenteil von Diffamierung der Kirche und ihrer Institutionen. Überall da, wo Sozialdemokraten die Verantwortung tragen, haben sie ihre Grundsätze in die Praxis umgesetzt. Sie haben den Religionsunterricht gefördert, zum Teil sogar (z.B. in den Berufsschulen) neu eingeführt. Ich kann das als ehemaliger hessischer Kultusminister aus eigener genauer Kenntnis und mit Mitverantwortung bezeugen. In Famburg - das Herr von Hassel vermutlich im Sinn hat - haben Sonat und evangelische Kirche miteinander vereinbart, daß die Konfirmanden sich auf den Konfirmandenunterricht konzentrieren und während dieser Zeit keinen Religionsunterricht in der Schule haben. Überwollende CDU-Blättchen haben daraus wider besseres Wissen eine "Kirchenfeindlichkeit der SPD in Famburg" gemacht! Herr von Hassel sollte sich einmal die Mühe geben, den Kirchenvertrag zu studieren, den das sozialdemokratisch geführte Land Hessen mit der evangelischen Kirche dieses Gebiets geschlossen hat! Führende Männer der Kirche haben dankbar und freudig anerkannt, was hier Positives geschaffen worden ist. Mit Staunen liest man aber, "die Sozialdemokraten" hätten führende Männer der Kirche diffamiert!

Als Herr von Hassel in Köln seine Unwahrheiten vom Stapel gelassen hat, hat ihm zu Füßen sein Kultusminister Osterloh gesessen. Was sagt er zu dieser Art des Kampfes? Auf dem Evangelischen Kirchentag in München haben Fritz Erler und Herr Osterloh gemeinsam darüber gesprochen, wie sich Christen, die in verschiedenen Parteien stehen, zueinander verhalten sollen. Er hat wunderschöne Worte gefunden. Waren es nur leere Worte?

Wann wird man in Deutschland aufhören, das Christentum als eine Waffe zu benutzen, mit der man seinen Bruder totschießt?

Nützliches und notwendiges Gespräch

ler. Mit dem schönen Gefühl, dass es keine verlorenen Stunden waren und dem allseitigen Wunsch, die Gesprächsbögen fortgesetzt werden, sind die Teilnehmer der Begegnung des SPD-Präsidiums mit dem Vorstand der Landsmannschaft Pommern in Bonn voneinander gegangen. Es war das vierte Gespräch dieser Art, das vom Präsidium der SPD mit autorisierten Vertretern von Landsmannschaften geführt wurde; diesmal mit den Pommern.

Auch diese Begegnung zeichnet sich, wie alle vorangegangenen, durch Offenheit, Sachlichkeit und durch das Bemühen aus, Gemeinsames zu betonen, Vorurteile abzubauen und jene Wegstrecke zu entdecken, auf der sich bei aller Unterschiedlichkeit bestehender Auffassungen die staatstragenden demokratischen Kräfte finden können. Heute kommt es, wie Herbert Wehner es ausdrückte, auf die Bewahrung des inneren Zusammenhaltes der Nation an, wenn wir als Volk für die Stürme der kommenden Jahre gewappnet sein wollen. Das deutsche Volk ist wie kein anderes der Gefahr innerer Selbstzerfleischung ausgesetzt. Wer ihr nicht widersteht, sät die Saat der gegenwärtigen Machthaber von Pankow.

Es gab in der lebhaften, von tiefem Ernst getragenen Diskussion niemanden, der dem widersprach, auch nicht der Erkenntnis, dass das deutsche Volk der Wiedervereinigung nur näher kommen kann bei einer Ordnung seiner inneren Verhältnisse, die sich an den Postulaten der Demokratie orientiert. Die Glaubwürdigkeit der jungen deutschen Demokratie darf nicht in Frage gestellt werden, auch nicht ihr Bemühen, das für sich geforderte Recht auf Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes auch für andere Völker gelten zu lassen. Gerade darüber wusste ein Vertreter der Landsmannschaft, kürzlich vor einer längeren Reise aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, Eindrucksvolles zu sagen. Das friedliche Ringen um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts und des Rechtes auf Heimat findet Widerhall und Unterstützung bei den Freunden des deutschen Volkes. Freilich verträgt dieses Ringen keine Belastung durch Rückfall in einen engen Nationalismus. Das bezieht sich besonders auf unser Verhältnis zu Polen. Land und Volk Polen genießen eine besondere Achtung in den Vereinigten Staaten, sie haben viele Freunde und der deutsche Politiker wäre schlecht beraten, überdies er dieses Faktum.

Unser Verhältnis zum Osten ordnen

So beherrschte ein Grossteil der lebhaften Diskussion die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten, besonders mit Polen. Die deutsche Sozialdemokratie hat nach gründlichen Erwägungen schon seit ihrem Parteitag in München in dieser Frage einen klaren Standort bezogen. Man bekam in der Diskussion den Eindruck, der auch bei den früheren Begegnungen mit Vorständen von Landsmannschaften sich schon verdichtete, dass zwar noch manche Bedenken und Befürchtungen, die es noch zu klären gilt, auch bei den Vertretern der pommerschen Landsmannschaft gegen einen unmittelbaren diplomatischen Kontakt bestehen, aber die Notwendigkeit doch von niemanden bestritten wird, unser Verhältnis zum Osten ebenso zu ordnen, wie es zum Westen geschah. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bedeutet ja nicht die Anerkennung des Regimes des oder der betreffenden Staaten. Sie entspringt einfach der Notwendigkeit, auch dort gegenwärtig zu sein, wo um unsere Zukunft,

um die Zukunft eines freiheitlichen Deutschland mitentschieden wird. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und um die deutsche Wiedervereinigung als eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Frieden in Europa und der Welt ist nicht durch Absichtsreden zu gewinnen; das wäre ein Ausweichen vor der Wirklichkeit. Pankow besitzt in vielen Ländern, die in der Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen werden, wenn auch nicht der Form nach diplomatische Vertretungen. Soll ihm allein das Feld bei der Formung des Deutschlandbildes in diesen Teilen der Welt überlassen bleiben? Damit käme auch, und das wurde von manchen bei dieser Begegnung empfunden, die Sache der Vertriebenen ins Hintertreffen. Noch sind diese Erkenntnisse nicht Allgemeingut. Sie zwingen sich, je mehr die Zeit vergeht, umso stärker auf. Morgen werden sie ein Gebot der gesamten deutschen Politik sein.

Besondere Vertretung im Bundesrat?

Explosivstoff, freilich entschärft durch die gegenseitige Aufrichtigkeit, den anderen anzuhören und zu verstehen, enthält der zu Pfingsten gemachte Vorschlag des Vorsitzenden der Landsmannschaft Pommern, Dr. Eckert, den Landsmannschaften in Anerkennung der Bedeutung und der Rolle, die ihnen heute in der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit der Bundesrepublik zukommen, eine Vertretung im Bundesrat zu gewähren. Diese Idee, über die das letzte Wort gewisse noch nicht gesagt ist, entspricht dem verständlichen Wunsch der Vertriebenen-Verbände, bei der Gestaltung der deutschen Politik mitzuwirken und ihr Gewicht in die Waagschale der Entscheidungen zu werfen. Dieser Vorschlag wirft jedoch eine Reihe verfassungsrechtlicher und auch rein politischer Bedenken auf, die nicht leicht von der Hand zu weisen sind. Mit einer rein symbolischen Vertretung wäre wohl niemandem gedient. Es könnte auch zwischen den Vertriebenen-Verbänden zu unerwünschten Spannungen führen. Wie wäre etwa die Stellung der Sudetendeutschen? Ihre Vertretung im Bundesrat müsste zwangsläufig zu aussenpolitischen Komplikationen führen. Im Hintergrunde würde der Schatten von 1938, der Schatten eines Grossreiches der deutschen Nation auftauchen. Wir aber sollten gebrannt sein vor aussenpolitischen Hochsiegeln. Ausserdem: das Grundgesetz kennt keine Doppeltbewertung von Wählerstimmen. Man wird hier andere Lösungen suchen müssen, um das Gewicht der Landsmannschaften stärker zum Tragen zu bringen.

SPD und Landsmannschaften

Die deutsche Sozialdemokratie, eine Partei, die alle Schichten und Stämme unseres Volkes in ihren Reihen vereinigt, anerkennt die Sonderaufgaben der Landsmannschaften. Sie sind nicht zu ersetzen und sie sind heute ein unüberschaubarer Faktor im politischen Leben der Bundesrepublik. Sie respektiert die Tätigkeit dieser Verbände, ist doch in ihnen enthalten, was keine Partei ersetzen kann: die Pflege des Heimatgefühls, der landsmannschaftlichen Verbundenheit - in unserer schnellleichtigen Zeit ein Wert an sich - und das Bewusstsein sittlicher und sozialer Werte, auf die ein Volk, das seine Einheit auf einem wahrscheinlich recht langen und schwierigen Weg gewinnen will, nicht verzichten darf. Auf solcher Grundlage kann Loyalität und Vertrauen zueinander gedeihen. Sie sind das Salz einer lebendigen, die schöpferischen Kräfte unseres Volkes wachrufenden und wachsenden Demokratie. Darin liegt der über den Tag hinaus weitreichende Gewinn solcher Begegnungen, von der die mit der Landsmannschaft Pommern keine Ausnahme bildete.

Die Koalition der Verlierer

H.D. - Stuttgart

Zum erstmalig seit 1946 wird es also in Stuttgart eine Regierung ohne Sozialdemokraten geben. Die CDU konnte den Versuchungen der Macht nicht widerstehen und hat sich mit der FDP zu einer kleinen Koalition verbündet. Eine Regierung kann von jedem gebildet werden, der eine Mehrheit findet. Von dieser Möglichkeit haben die Verlierer der baden-württembergischen Landtagswahlen vom 15. Mai Gebrauch gemacht. Die neue Landesregierung wird acht Minister haben. Drei davon stellt die FDP, die am 15. Mai drei Mandate verloren hat und nur über 18 der 120 Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg verfügt! Die CDU verlor bei den Wahlen fünf Mandate und verfügt im Parlament noch über 51 Abgeordnete. Sie wird an der neuen Regierung Kiesinger mit vier Ministern beteiligt sein. Der BHE konnte bei der Wahl seine sieben Abgeordneten halten. In die CDU-FDP-Koalition wird er nur aufgenommen, wenn er den von der CDU gewünschten Ministeranwärter in Vorschlag bringt.

Die SPD, die bei der Wahl am 15. Mai ihre Fraktionsstärke von 36 auf 44 Abgeordnete verstärken konnte, wird als der alleinige Gewinner der Landtagswahl in die Opposition gedrängt. CDU und FDP konnten so ihre ministeriellen Machtbereiche erheblich erweitern. Ob sich diese überaus schlaue parteipolitische Entscheidung als staatspolitisch klug erweisen wird, darf mit Recht bezweifelt werden.

Die CDU hat der FDP für die kleine Koalition einen sehr hohen Preis bezahlt. Drei Minister sind der Kitt, der die FDP wenigstens einigermaßen verlässlich an die CDU binden soll. Die CDU denkt an den Herbst 1961, an die Wahlen zum Bundestag. Sie weiss die Zuverlässigkeit ihres Partners richtig einzuschätzen. Die FDP hat schon mehrfach bewiesen, wie schnell sie sich auf die Seite der stärkeren Bataillone zu schlagen versteht. Politische Grundsätze, die einen solchen Richtungswechsel verhindern könnten, hat die FDP nicht zu vertreten.

Nach der hinhaltenden Verhandlungstaktik der CDU bei den Koalitionsgesprächen mit der SPD war keine andere Lösung zu erwarten. Diese Taktik sollte offensichtlich dazu beitragen, bei den Sozialdemokraten den Geduldefaden zu überspannen. Die CDU hätte zu gern ein Alibi gehabt, um vor der Öffentlichkeit der SPD die Schuld am Scheitern der Verhandlungen zuzuschieben. Das ist nicht gelungen. Mit einer geheimen Abstimmung in der CDU-Fraktion wurde sanktioniert, was vorher schon klar war.

Die FDP und starke Kräfte der CDU drängen jetzt auch noch darauf, der in die Opposition gezwungenen SPD jede Wirksamkeit zu nehmen. Sie wollen auch im Vorsitz der verschiedenen Ausschüsse des Landtags einen Wechsel eintreten lassen. Der Vorsitz der Ausschüsse wird nach der Stärke der Fraktionen im d'Hondtschen Verfahren verteilt. Ein Abweichen von dieser Regel wäre ein eklatanter Verstoss gegen jeden parlamentarischen Brauch. Noch ist nicht entschieden, ob die CDU damit tatsächlich das Maß ihres parteipolitischen Machtanspruchs überschreiten will. Die Bildung der CDU-FDP-Koalition in Baden-Württemberg hat viele Ungereimtheiten. Es wird sich noch zeigen, ob die Koalitionspartner damit fertig werden. Die Öffentlichkeit hat für die Koalition der Verlierer nur wenig Sympathien.

+ + +